



Erschienen am
16.09.2014, 7:44

Schlagworte
Schulen, Bundeswehr

Priorität
4 - Dringend

"Soldaten am Lehrerpult" - EKD-Friedensbeauftragter Brahms beklagt Ungleichgewicht zu Friedensgruppen an Schulen

Hamburg (epd). Ein deutliches Ungleichgewicht der Präsenz von Bundeswehr und Friedensgruppen im Unterricht an deutschen Schulen hat der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms (Bremen), beklagt. Während die Bundeswehr mit fast 100 hauptamtlichen Jugendoffizieren an Schulen präsent sei, müssten Gruppen aus Friedensbildung oder Entwicklungshilfe Einsätze im Schulunterricht fast ausnahmslos neben- und ehrenamtlich bestreiten, sagte Brahms am Montagabend in Hamburg.

Nach der jüngsten Statistik der Bundeswehr haben im vergangenen Jahr 94 Jugendoffiziere bei insgesamt über 6.000 Einsätzen mehr als 150.000 Teilnehmer erreicht. Allein an deutschen Schulen waren es rund 3.100 Einsätze mit fast 120.000 Jugendlichen. Dafür sollen laut Bundesregierung rund 4,5 Millionen Euro zur Verfügung gestanden haben. "Der Soldat am Lehrerpult" lautete das Motto der Tagung, zu der die Ev. Akademie der Nordkirche eingeladen hatte.

Nach den Worten von Brahms steht der Summe von 4,5 Mio. Euro auf Seiten der Friedensbildung kein auch nur annähernd vergleichbares Äquivalent gegenüber. Prinzipiell habe er nichts gegen Soldaten an Schulen. Solange aber diese Ungleichheit bleibe, sollte die Bundeswehr auf Einsätze an Schulen verzichten, forderte er. Bestenfalls müsse sie das Geld an die Landeszentralen zur Politischen Bildung überweisen, die es dann zu gleichen Teilen für die Einsätze von Bundeswehr und Friedensgruppen an Schulen verwenden sollten.

Markus Grübel (CDU), Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, verteidigte die gängige Praxis. Die Bundeswehr sei eine staatliche Organisation wie die Schule auch. Staatliche Organisationen seien in einer Demokratie verpflichtet, darüber zu informieren, was staatliche Organisationen machen, sagte er.

Der oft erhobene Vorwurf, Jugendoffiziere seien keine ausgebildeten Pädagogen, greife nicht, sagte Grübel. Experten jeder Art seien "authentische Fachleute" und müssten daher keine Pädagogen sein. Die Verantwortung über die Gestaltung des Unterrichts obliege ohnehin der Schule und dem jeweiligen Lehrer.

Schüler könnten sich bei entsprechender Vor- und Nachbereitung eine Meinung bilden und jeweils eigene Entscheidungen treffen. Das gelte für Besuche auf dem Bauernhof ebenso wie für Visiten auf einem Truppenübungsplatz oder für die Kirche. "Die Welt ist voll von Angeboten, die nicht angenommen werden", sagte der Staatssekretär. Dafür könne die Bundeswehr nichts.

Die Idee, den Bundeswehr-Etat für diese Arbeit an die Landeszentralen für politische Bildung zu überweisen, halte er für "nicht praktikabel". Die Landeszentralen seien Ländersache, und daher sei nicht sichergestellt, dass das Geld dort auch ankommt, sagte er. Der EKD-Friedensbeauftragte Brahm räumte im Lauf der Diskussion ein, dass auch sein Amt ein nebenamtliches sei. Der vor wenigen Tagen eingeführte EKD-Militärbischof Sigurd Rink sei dagegen nun hauptamtlich unterwegs.

Grundsätzlichere Bedenken gegen Soldaten im Schulunterricht äußerte Dirk Lange, Professor für Didaktik der politischen Bildung an der Uni Hannover. Jugendoffiziere der Bundeswehr stünden "in der Weisungskette des Staates", sagte er. Sie hätten die Verpflichtung, die Politik der Bundesregierung zu vertreten. Doch sie hätten "keinen politischen Bildungsauftrag über Angehörige hinaus". Sie seien geschult in der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, aber sie hätten "kein Fachwissen in Fragen der Sicherheitspolitik". Dafür hätten sie überdies auch kein Mandat, sagte Lange.

Interessengruppen dürften ihre Konflikte nicht auf den Schultern von Schülern austragen, forderte der Professor. Dies gelte für Experten aller Art. Ziel des Bildungsauftrages von Schule sei der Erwerb der Mündigkeit. Daher empfehle er äußerste Zurückhaltung vor staatlichen Organisationen im Unterricht. "Die Schüler müssen nicht lernen, was die Bundesregierung tut, sondern sie müssen lernen, was der Auftrag einer Bundesregierung ist und wie man ihn ihr erteilt", sagte er.

epd me lnh

epd-Service

Internet www.akademie-nordkirche.de

Redaktionelle Hinweise Die für die Podiumsdiskussion angekündigte schleswig-holsteinische Bildungsministerin Waltraud Wende (SPD) war am Montag zurückgetreten und hatte ihre Teilnahme abgesagt. Für sie nahm Dirk Lange, Professor aus Hannover, an der Diskussion teil.

© 1995-2014 epd (Evangelischer Pressedienst). Nutzung nur im Rahmen der schriftlichen Vereinbarungen.